

Landkreis Friesland

Niederschrift

**über die 11. öffentliche Sitzung des Kreistages des Landkreises Friesland am
Mittwoch, 10. Dezember 2008, im Saal der Gaststätte "Zum Sandkrug",
Bockhorn-Grabstede, Sandkrugsweg 21**

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 17:05 Uhr

Anwesend:

Mitglieder

Ambrosy, Sven
Bastrop, Heide
Brunken, Rainer
Burgenger, Uwe
Busch, Thomas
Böcker, Rudolf
Chmielewski, Iko
Dierenga, Karin
Eggerichs, Peter
Etzold, Jost
Funke, Karl-Heinz
Gabbey, Dietrich
Gburreck, Fred
Gramberger, Joachim
Grützner, Gisela
Habeck, Wilfried
Harms, Siegfried
Heidenreich, Walter
Herfel, Bärbel
Hoppenheit, Christa
Husemann, Horst-Dieter
Janßen, Dieter
Janßen, Wolfgang
Just, Janto
Kaempfe, Hartmut
Kaiser-Fuchs, Marianne
Kammer, Hans-Werner, MdB
Kindo, Anja
Koch, Klaus-Peter
Lahl, Herbert
Müller, Alfred
Nieraad, Peter
Onken, Elisabeth
Onnen-Lübben, Reinhard
Osterloh, Uwe

Pauluschke, Bernd
Polenz, Dirk von
Ralle, Elfriede
Ramke, Michael
Recksiedler, Raimund
Rost, Wilfried
Schlieper, Ulrike
Thiesing, Ralf
Tischer, Peter
Zielke, Gustav

Angehörige der Verwaltung

Dehrendorf, Martin Dr.
Gerdes, Gerda
Kloß, Elena
Rohlf-Jacob, Elke
Graalfs, Rainer
Höfer, Torsten

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Kreistagsvorsitzender Funke eröffnete die Sitzung und hieß alle Anwesenden, insbesondere Herrn Bürgermeister Spiekermann, die Zuhörer und Pressevertreter herzlich willkommen.

Kreistagsabgeordnete Haltern sowie 2. stellv. Landrat Lies ließen sich entschuldigen.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Kreistagsvorsitzender Funke stellte die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Kreistagsvorsitzender Funke bat namens der Verwaltung darum, den TOP 5.2.3 "Stellenplan 2009" gemeinsam mit TOP 5.2.10 "Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2009" zu beraten und beschließen. Es wurden hiergegen keine Einwendungen erhoben.

Die BfB-Fraktion hatte im Vorfeld der Kreistagssitzung darum gebeten, ihren Antrag vom 26. November 2008 "Widerspruch gegen Gaspreiserhöhung wegen intransparenter Preisänderungsklausel" auf die Tagesordnung des Kreistages zu setzen.

Dieser Punkt wurde im Kreisausschuss am 3. Dezember 2008 bereits erörtert und es wurde eine Vorgehensweise vereinbart. Nach einem entsprechenden Hinweis durch Herrn Kreistagsvorsitzenden Funke und der Bestätigung der Verwaltung, dass eine

Verschiebung der Entscheidung die Einhaltung der Widerspruchsfrist nicht gefährde, verzichtete Kreistagsabgeordneter Just namens der BfB-Fraktion auf eine erneute Behandlung des TOP durch den Kreistag.

Die Tagesordnung wurde mit der og. Änderung - Zusammenfassung TOP 5.2.3 und 5.2.10 - festgestellt.

TOP 4 Genehmigung der öffentlichen Niederschrift vom 9. Oktober 2008

Die Niederschrift vom 9. Oktober 2008 wurde genehmigt.

Sodann hieß Bürgermeister Spiekermann den Kreistag herzlich willkommen im Ortsteil Grabstede der Gemeinde Bockhorn. Die Ortschaft Grabstede habe 1.500 Einwohner und habe sich in den vergangenen Jahren im Rahmen des Dorferneuerungsprogramms hervorragend entwickelt. Der zweite Abschnitt sei in 2008 abgeschlossen worden, der dritte Abschnitt der Umsetzung der Maßnahmen erfolge in 2009/2010.

Die Gemeinde Bockhorn habe in 2008 trotz schwieriger Finanzlage Vieles erreicht. Es stünden allerdings auch noch große Aufgaben an wie die Sanierung der Grundschule Bockhorn (350.000 €) oder der Ausbau der Dorfstraße nach Bockhornerfeld (rd. 500.000 €). Auch die weitere Förderung der Windenergie im Norden des Gemeindegebietes sei ein besonderes Anliegen.

Sorgen bereite die Höhe der Kreisumlage, die mit 2,8 Mio. Euro in 2008 und über 3 Mio. Euro für 2009 erheblich zu Buche schlage, zumal der gesamte Verwaltungshaushalt der Gemeinde nur rd. 8,2 Mio. Euro betrage. Für Investitionen bleibe bei einem Vermögenshaushalt von knapp 1,2 Mio. Euro kaum finanzieller Spielraum. Allerdings sei man stolz darauf, dass die pro-Kopf-Verschuldung in Bockhorn bei nur rd. 80 € liege.

Bürgermeister Spiekermann wünschte abschließend einen angenehmen Aufenthalt in Grabstede und verwies darauf, dass im gesamten Gemeindegebiet fünf Gaststätten mit Saalbetrieb vorhanden seien. - Der Kreistagssitzung wünsche er gute Beschlüsse und allen Anwesenden ein schönes Weihnachtsfest und alles Gute für 2009.

TOP 5 Berichte und Vorlagen der öffentlichen Sitzung

TOP 5.1 - aus dem Kreisausschuss vom 5. November 2008

TOP 5.1.1 Öffentlich-rechtlicher Vertrag zur Bildung einer gemeinsamen KOF-Stelle Vorlage: 380/2008

Der Kreistag nahm die Ausführungen zu TOP 3.1.1 der Kreisausschuss-Niederschrift vom 5. November 2008 zur Kenntnis und folgte der Beschlussempfehlung.

Informatorisch ist das Schreiben des Nds. Innenministeriums vom 3. Dezember 2008 beigefügt bzw. abrufbar, mit dem die grundsätzliche Genehmigungsfähigkeit der Zweckvereinbarung signalisiert wird.

Beschluss:

Der Gründung einer gemeinsamen Fürsorgestelle für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene auf der Grundlage eines öffentlich-rechtlichen Vertrages in Form einer Zweckvereinbarung nach dem Niedersächsischen Gesetz über die kommunale Zusammenarbeit (NKomZG) mit anderen niedersächsischen Landkreisen und kreisfreien Städten (sh. Anlage zu Vorlage 380/2008 bzw. zum KA-Protokoll) vom 05.11.2008) wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

TOP 5.2 - aus dem Kreisausschuss vom 3. Dezember 2008

**TOP 5.2.1 Landwirtschaftlicher Grundstücksverkehr;
hier: Wahl der Vertreter der Landwirtschaft
Vorlage: 388/2008**

Entsprechend der Empfehlung des Kreisausschusses vom 03.12.2008 (sh. TOP 3.2.1 des Protokolls) beschloss der Kreistag wie folgt:

Beschluss:

Dem Vorschlag der Landwirtschaftskammer Niedersachsen, die Herren

Hartmut Seetzen, Neuenwege, Oldenburger Str. 25, 26316 Varel,
Aike Brahms, Horum, Störtebeker Str. 38, 26434 Wangerland, und
Peter Ricklefs, Groß Spieker 1, 26419 Schortens,

als Vertreter der Landwirtschaft für den Grundstücksverkehrsausschuss des Landkreises Friesland zu benennen, wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**TOP 5.2.2 Änderung der Abfallgebührensatzung;
1. Satzung zur Änderung der Abfallgebührensatzung vom
30.10.2006, Gebührenkalkulation 2009 bis 2011 (UmweltA 27.11.)
Vorlage: 391/2008**

Der Kreistag nahm die Ausführungen zu TOP 3.2.2 der Kreisausschuss-Sitzung vom 3. Dezember 2008 zur Kenntnis. Die BfB-Fraktion hatte unter dem 10. Dezember 2008 den beigefügten bzw. abrufbaren Änderungsantrag zu diesem Punkt gestellt:

Kreistagsabgeordneter Just erklärte, die BfB-Fraktion lehne die Gebührenerhöhung von 16 % ab; sie falle nach Meinung der Fraktion zu hoch aus. Man vermute, hier

werde den Bürgerinnen und Bürgern "auf Vorrat" in die Tasche gegriffen. Für den Bau einer zweiten mechanisch-biologischen Abfallanlage in Wiefels seien 7,8 Mio. einkalkuliert; an Kapitaldienst seien 600.000 € jährlich zu erwarten.

Es stehe aber nicht fest, ob eine zweite MBA überhaupt erforderlich sei. Möglicherweise seien vor diesem Hintergrund Investition und damit verbundener Kapitaldienst entbehrlich.

Kreistagsabgeordneter von Polenz verwies darauf, eine Abfallbehandlungsanlage müsse an ihrer Qualität, nicht an ihren Kosten gemessen werden. Der Vorwurf der BfB-Fraktion, den Bürgern werde auf Vorrat in die Tasche gegriffen, greife nicht. Die ständige auch in Leserbriefen in der Presse geäußerte Kritik an vermeintlichen Pleiten, Pech und Pannen bei der MBA könne nicht unwidersprochen hingenommen werden. Die Alternative der Müllverbrennung hätte niemand gewollt und wäre nicht billiger geworden.

Landrat Ambrosy verwies auf die morgens stattgefundene Sitzung des Abfallzweckverbandes Wiefels. Es sei beschlossen worden, die europaweit ausgeschriebenen Ingenieurleistungen zur Errichtung der Trockenvergärungsanlage zu vergeben. Vor einem halben Jahr sei der entsprechende Grundsatzbeschluss für diese Arbeiten gefasst worden. Der Zweckverband habe jederzeit die Möglichkeit, die Arbeiten der Techniker zu stoppen. Dieser Schritt komme nur dann in Betracht, wenn diese Alternative teurer würde als den Restmüll einem Dritten zuzuliefern.

Nach heutigem Kenntnisstand werde aber mit der Trockenvergärungsanlage das Ziel erreicht, die nötigen Mengen verarbeiten zu können und die Qualität des Materials zu verbessern. Aus Sicht des Zweckverbandes sei es daher geboten, diese Mittel für den mittelfristigen Haushalt vorzumerken und einzuplanen. Alles andere wäre nach heutigem Stand der Dinge unseriös.

Die MBA in Wiefels sei durch den Konkurs der Fa. Horstmann in einen schlechten, untragbaren Zustand geraten. Der Zweckverband habe mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bislang alles Mögliche für eine Bereinigung der Probleme getan.

Man befinde sich zurzeit in der zweiten Woche bei einem Durchsatz von rd. 1.100 Tonnen bei erforderlichen 1.300 - 1.400 Tonnen. Es gelte jetzt den weiteren Verlauf und die Konstanz dieser Werte im Auge zu behalten.

Die Entsorgung oder Verbrennung würde inkl. Transport ca. um die 180 €/Tonne kosten. Durch die Mischkalkulation (eigener Durchsatz und Entsorgung durch Dritte) befinde man sich unter diesem Preis/Tonne. Die Entsorgungskosten/Tonne seien nicht einfach zu kalkulieren, da verschiedene Abfallströme und Dienstleistungen enthalten seien. Fest stehe, dass alles daran gesetzt werde, die Leistungen so kostengünstig wie möglich zu gestalten.

Eine Gebührenerhöhung um 16 % entspreche ca. 30 - 40 Euro pro Haushalt jährlich. Von 48 Abfallentsorgungsträgern befinde sich der Landkreis Friesland zurzeit auf dem viertbesten Platz in der Gebührenhöhe. Selbst nach der Gebührenerhöhung werde man unter den besten 10 und erheblich unter der landesdurchschnittlichen Gebührenhöhe von 275 € liegen. Es handele sich um die erste Anhebung nach sechs Jahren. Mit einer Gebührenanpassung vermittele man den Bürgerinnen und Bürgern entsprechend den derzeitigen Erkenntnissen und Erwartungen den wahren Ist-Zustand, Sicherheit und Berechenbarkeit.

Sollte wider Erwarten tatsächlich ein Überschuss erwirtschaftet werden, so müsse nach Gebührenrecht ohnehin eine Gebührensenkung erfolgen. Die Gremien würden dann zeitnah entsprechend handeln.

Beschlüsse:

a) Abstimmung über den Antrag der BfB-Fraktion vom 10.12.2008:

"Änderungsantrag:

Die Investition von 7,8 Mio. € für eine zusätzliche Trockenvergärungsanlage und die entsprechenden Kreditkosten von 600.000 € jährlich werden aus der Abfallgebührenkalkulation herausgenommen, weil

- 1. die erforderliche Investition vielleicht nur 3 Mio. € beträgt und*
- 2. noch gar nicht feststeht, ob eine zusätzliche MBA überhaupt gebraucht und gebaut wird. Der Gebührenbedarf und die Gebührenerhöhung sind entsprechend niedriger anzusetzen."*

b) Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Kreisausschusses vom 3. Dezember 2008:

Die vorgeschlagene und der Kreisausschuss-Niederschrift vom 3. Dezember 2008 beigefügte Änderungssatzung der Abfallgebührensatzung mit Wirkung zum 01.01.2009 einschließlich der Gebührenkalkulation 2009 bis 2011 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnisse:

zu a)

Ablehnung bei 2 Ja-Stimmen für den Antrag

zu b)

Mehrheitliche Zustimmung bei
2 Gegenstimmen
und 6 Enthaltungen

TOP 5.2.3 Hinweis: TOP Stellenplan 2009 - ursprünglich 5.2.3 - wurde unter TOP 5.2.10 mit behandelt

**TOP 5.2.4 Bericht des Landrates über gleichstellungspolitische Maßnahmen der Jahre 2004 - 2006 im Landkreis Friesland nach § 4a NLO
Vorlage: 397/2008**

Der Kreistag nahm den Bericht über gleichstellungspolitische Maßnahmen im Landkreis Friesland im Zeitraum 2004 - 2006 (sh. Kreisausschuss-Protokoll vom 3. Dezember 2008) zur Kenntnis.

**TOP 5.2.5 Künftige Aufgabenwahrnehmung der Grundsicherung für
Arbeitsuchende (SGB II) im Landkreis Friesland
Vorlage: 399/2008**

Der Kreistag nahm die Ausführungen zu TOP 3.2.5 der Kreisausschuss-Niederschrift vom 3. Dezember 2008 zur Kenntnis und beschloss wie folgt:

Beschluss:

Die politischen Gremien des Landkreises Friesland fordern für die Kommunen eine Wahlmöglichkeit zwischen dem Nachfolgemodell der ARGEN und der kommunalen Option.

1. Der Landkreis Friesland spricht sich dafür aus, die Aufgaben der Grundsicherung für Arbeitsuchende künftig im Rahmen einer erweiterten gesetzlichen Option wahrzunehmen.
2. Die Kreisverwaltung wird beauftragt, die notwendigen Schritte zur Umsetzung dieses Beschlusses einzuleiten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**TOP 5.2.6 Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrages mit dem
Zweckverband Veterinäramt JadeWeser über kommunale
Beistandsleistungen
Vorlage: 402/2008**

Der Kreistag nahm die Ausführungen zu TOP 3.2.6 der Kreisausschuss-Niederschrift vom 3. Dezember 2008 zur Kenntnis.

Beschluss:

Der öffentlich-rechtliche Vertrag mit dem Zweckverband Veterinäramt JadeWeser über kommunale Beistandsleistungen wird zustimmend zur Kenntnis genommen. Dem Abschluss des Vertrages wird zugestimmt (sh. Anlage zum KA-Protokoll vom 3. Dezember 2008).

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**TOP 5.2.7 Kredite im Haushaltsjahr 2009 (WTKF 24.11.)
Vorlage: 394/2008**

Der Kreistag nahm die Ausführungen zu TOP 3.2.7 der Kreisausschuss-Niederschrift vom 3. Dezember 2008 zur Kenntnis.

**TOP 5.2.8 Gewährung eines Darlehens aus der Kreisschulbaukasse an die Stadt Schortens für die Turnhalle Jungfernbusch (WTKF 24.11.)
Vorlage: 395/2008**

Der Kreistag nahm die Ausführungen zu TOP 3.2.8 der Kreisausschuss-Niederschrift vom 3. Dezember 2008 zur Kenntnis und beschloss wie folgt:

Beschluss:

Der Stadt Schortens wird für den Bau einer neuen Turnhalle Jungfernbusch ein zinsloses Darlehen aus der Kreisschulbaukasse in Höhe von 474.000 Euro gewährt. Die endgültige Festsetzung der Darlehenshöhe erfolgt nach Abrechnung der Maßnahme. Das Darlehen ist zinslos und nach endgültiger Festsetzung mit 3% jährlich zu tilgen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

TOP 5.2.9 Antrag der SPD/FDP-Gruppe auf Beschlussfassung eines Zukunftsplanes zur Tourismusförderung (WTKF 24.11.)

In Übereinstimmung mit dem Kreisausschuss (sh. TOP 3.2.9 der Niederschrift vom 3. Dezember 2008) beschloss der Kreistag wie folgt:

Beschluss:

Der vom Tourismusverband Nordsee e. V. erarbeitete "Masterplan Nordsee" ist auf die örtlichen Gegebenheiten "herunterzuberechnen". Dies soll durch einen Arbeitskreis unter Beteiligung der Touristikfachleute und Hauptverwaltungsbeamten der Städte und Gemeinden geschehen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

TOP 5.2.10 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2009 des Landkreises Friesland (WTKF 24.11.)

- dazu: Antrag der CDU-Fraktion vom 27. November 2008
- dazu: Anfrage der BfB-Fraktion betr. Verwendung des Überschusses aus dem Verkauf von 26 % EWE-Anteilen

Zunächst nahm **Kreistagsabgeordnete Schlieper** Stellung zum Haushalt 2009: Erstmals seit 2002 könne ein ausgeglichener Haushalt vorgelegt werden. Strenge Ausgabenkontrolle, Haushaltskonsolidierung, Sparmaßnahmen in allen Abteilungen der Verwaltung, zunehmende Kooperationen in der Region, die Kostensteigerungen

vermieden bzw. zu Einsparungen führten, hätten dazu beigetragen. - Daneben habe es aber immer auch erhebliche Investitionen gegeben.

Die Balance zwischen Investitionen einerseits und Einsparungen / Schuldenabbau andererseits sei stimmig und gebe zur Hoffnung Anlass, dass dies auch in Zukunft weiter gelingen könne. Natürlich wisse man auch um die Risiken hinsichtlich der internationalen Finanzentwicklungen, hoffe aber, dass man die Krise gut bewältigen werde. – Man sei einerseits Schwierigkeiten gewohnt, habe aber auch Hoffnung auf eine Weiterentwicklung der eigenen regionalen Konjunktur durch den Bau des JadeWeserParks, des JadeWeserPorts, die Verlängerung der A 29, den Bau der B 210 usw. Von all diesen Maßnahmen erwarte man Impulse für die Region.

Die Zahlen des Arbeitsmarktes bescheinigten, dass die Struktur des Landkreises sich positiv verändere; die Zahl der Langzeitarbeitslosen müsse allerdings noch deutlich verringert werden. Um hier vor Ort erfolgreicher zu sein, müssten die Hilfen weniger in verschiedenen Einzelprojekten als vielmehr im Spannungsfeld der Sozial-, Jugend-, Familien- und Bildungspolitik in der Region umgesetzt werden. Eine Verzahnung dieser kommunalen Handlungsfelder mit der örtlichen Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik könnte wesentlich wirkungsvoller die Langzeitarbeitslosigkeit bzw. ihre sozialen Auswirkungen und Folgekosten bekämpfen.

SPD und FDP plädierten daher nachdrücklich für mehr Einfluss der Kommunen auf die regionale Arbeitsmarktpolitik. Sie seien im staatlichen Gefüge am stärksten von den Auswirkungen der Arbeitslosigkeit betroffen. Die Eckpunkte des Bundesarbeitsministers zur Neuorganisation im SGB II (Hartz IV) - hier gehe es um das Gebilde des ZAG - Zentrum für Arbeit und Grundsicherung - halte man nicht für zielführend. Man wolle vor Ort flexibler handeln können und habe dafür auch hier kompetente Kräfte. Damit seien ausdrücklich die kommunalen Mitarbeiter als auch die Mitarbeiter der Bundesagentur gemeint, die Garant für eine erfolgreiche Arbeit vor Ort seien.

Schwerpunkte der Mehrheitsgruppe im Kreistag seien folgende Themen:

1. Schule/Bildung/Kinder- und Familienförderung

Insgesamt gebe es in Deutschland und damit leider auch in Friesland immer noch Bildungsungerechtigkeit: Es gebe noch Kinder, die schon zu Beginn ihrer Schulzeit abgehängt und nicht in der Lage seien, diesen Rückstand wieder aufzuholen. Der unsägliche Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungschancen bestehe auch hier noch; ein weiteres Problem stelle mangelnde Integration dar.

Deswegen wolle man noch weiter dafür sorgen, eine gute öffentliche Infrastruktur zu schaffen: Gute Schulen, gute Kinderkrippen mit motivierten Erziehern und Lehrern; hinzu komme die weitere Förderung des Ganztagschulangebotes. Familien gerieten immer häufiger in Schwierigkeiten oder seien überfordert; der Staat müsse zukünftig noch mehr Verantwortung übernehmen.

Es gehe nicht darum, alle Kinder zu Hochleistungsmenschen auszubilden. Ziel sei es jedoch, dass sie gleiche Bildungschancen hätten, dass sie und ihre Eltern darüber informiert seien und diese Möglichkeiten auch nutzen könnten.

SPD und FDP sähen in den Ausgaben für Betreuung und Bildung - vor allem im Bereich der Frühförderung - wichtige Investitionen - auch wenn der Haushalt diese Positionen naturgemäß nicht als "Investitionen" ausweise.

SPD und FDP wollten daher

- weitere Krippenplätze schaffen. Angesichts einer bisherigen Landesquote von 9 % liege man schon schon gut mit einer Angebotsquote an Krippenplätzen von 27% der unter Dreijährigen. Diese Bestrebungen sollten fortgesetzt werden bis eine möglichst 100 %ige Versorgung gewährleistet sei.

- noch mehr eine qualitativ gute, passgenaue Kinderbetreuung vermitteln durch die Unterstützung der Familien- und Kinderservicebüros, die ihre Arbeit sehr erfolgreich aufgenommen hätten,

-weitere Angebote für die Qualifizierung in der Tagespflege.

- Weiter verfolge man besonders auch die vollständige Etablierung des Frühwarnsystems bei Gefährdung des Kindeswohls und eine gute Jugendsozialarbeit.

Ein besonderer Dank gelte an dieser Stelle dem Fachbereich Jugend und Familie, der mit großem Einsatz dabei sei, die Einrichtungen der Kinderbetreuung und Jugendhilfe zu vernetzen und sich als Knotenpunkt für mehr Kinderfreundlichkeit zu verstehen und zu beweisen. In den vergangenen Monaten sei ein großer Schritt in die richtige Richtung erfolgt. Dem Fachbereich gelte ein herzlicher Dank für die hervorragende Qualität der Arbeit und die Ermunterung, auch in Zukunft so weiter zu arbeiten. Die Einladung nach Brüssel zur Vorstellung des Projektes HANd in haND sei eine schöne Bestätigung der Arbeit. Dem Projektteam gratuliere man herzlich.

Familienfreundlichkeit sei bereits jetzt ein Markenzeichen des Landkreises Friesland, das man weiter ausbauen wolle. Wie in allen anderen Bereichen sei auch im Fachbereich Jugend und Familie versucht worden, Mehraufgaben mit dem vorhandenen Personal zu bewältigen. Wegen der Qualitätsverbesserungen, der Vorschriften und gestiegener Fallzahlen müsse der Überlastung in diesem Bereich Rechnung getragen werden; eine Personalaufstockung sei daher unumgänglich.

Das Bündnis für Familie werde man auch weiterhin stark fördern. Betreuung, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und auch Familienfreundlichkeit im Zusammenhang mit Tourismus hätten Priorität.

Zum wiederholten Male sei für 2009 eine große Summe für die Schulen des Landkreises in den Haushalt eingestellt worden. Zusätzlich zur normalen Bauunterhaltung mit 500.000 € gehe es um insgesamt 6,9 Mio. € .

Große Positionen dieses Betrages seien:

- Sanierung, Umbau und Erweiterung der Schule am Schlosserplatz mit 2 Mio. €
- Sanierung der BBS Varel, 1,4 Mio. €
- Sanierung der Sporthalle der HS/RS Varel für 650.000 €
- Einrichtung einer Mensa in der HS/RS Obenstrohe, in der HS/RS Hohenkirchen, der zukünftigen IGS und der Außenstelle des Mariengymnasium in Schortens mit insges. 602.500 €

- Einrichtung von Fachunterrichtsräumen in der HS/RS Sande, HS/RS Oberstrohe, der Pestalozzischule Varel, im Mariengymnasium Jever, der RS Schortens mit insges. 420.000 €

Zusätzlich zu dieser Strukturverbesserung werde man in 2009 eine Qualitätsoffensive starten. Man wolle mit den Schulen des Landkreises auch über Inhalte sprechen, die Schulkonzepte kennen lernen, Ideen zur Zusammenarbeit mit anderen diskutieren, Möglichkeiten der Unterstützung ausloten und so die Chancengleichheit für Kinder verbessern. Man wolle ausdrücklich auch mehr Integration. Ein enges Miteinander zwischen dem Schulträger und den Schulen könne für beide Seiten, besonders natürlich für die Kinder und Jugendlichen, ein Gewinn sein.

2. Wirtschaftsförderung und Tourismusförderung seien auch weiterhin ein Leuchtturm der Politik .

Für den Tourismus werde der Landkreis die bereits begonnenen Projekte im Wangerland und auf Wangerooge gemeinsam mit den Gemeinden abarbeiten. Laut heutigen Pressemeldungen sei die Promenadenbrücke in Hohenkirchen demnächst begehbar. Ferner gehe es um die Strandaufspülung in Hooksiel sowie die Neubauten auf Wangerooge.

Daneben sei es der SPD/FDP-Gruppe wichtig, die sich aus dem Nordsee-Masterplan ergebenden Aufgaben mit den Städten und Gemeinden des Landkreises zu strukturieren und dieses Konzept für die nächsten Jahre systematisch umzusetzen.

Vorstellbar sei die Mitarbeit in einer Arbeitsgruppe. Die Gruppe sei sicher, dass 1. mehr Komplettangebote für Familien gemacht werden müssten, weil sie ihr „Urlaubsbudget“ dann wirklich nicht überschritten, dass 2. noch mehr „Schlechtwetterangebote“ die Attraktivität steigern könnten und dass 3. in einer gemeinsamen Initiative mit den Städten und Gemeinden die Kategorisierung der Privatunterkünfte flächendeckender umzusetzen sei,

um einige Beispiele zu nennen. Vorstellbar seien auch verstärkte Initiativen für ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen im Sinne einer Barrierefreiheit von der Unterkunft bis direkt ans Wasser; hier gebe es noch deutlichen Verbesserungsbedarf.

Man wolle keinen freien Strandeintritt auf Landkreiskosten, sondern eine wirtschaftlich vernünftige gemeinsame Lösung mit den Tourismusgemeinden, die den Tourismus in Friesland für die Zukunft fit mache.

Das Regionale Standortmanagement sei unter Dach und Fach; erfreulich sei der Beitritt der Stadt Wilhelmshaven. Eine gemeinsame Wirtschaftsförderung für die Region sei im nationalen und internationalen Wettbewerb um Investoren geboten. – Friesland werde aktiv am Gelingen dieser Marketinggesellschaft mitwirken.

Der Landkreis werde seine Kernkompetenzen in Tourismus und Luftfahrt und den Jade-Weser-Park als einen der attraktivsten Logistikstandorte der Region einbringen. Die FDP Wilhelmshaven habe moniert, im JadeWeserPark geschehe derzeit nichts; mit Hinweis darauf habe man dort eine Beschlussfassung verweigert. Es sei jedoch normal, dass in der sog. "Setzungsphase" auf dem Baugelände keine

weiteren Aktivitäten erfolgten; danach würden die Arbeiten dort mit Nachdruck fortgesetzt.

Die Kreiswirtschaftsförderung werde sich bei größeren Projekten wie dem Autohof Zetel und dem Aeropark sowie dem Gewerbegebiet Sumpfweg in Varel beteiligen.

3. Energieeffizienz und Energieeinsparung

Das „Energiesparjahr 2008“ sei sinnvoll gewesen. Die kontinuierliche Arbeit an dem Thema trage Früchte, das zeige der aktuelle Bericht des FB 11. Energie sparen, effizienter Energieeinsatz und Nutzung erneuerbarer Energien würden weiter die Energiepolitik der Mehrheitsgruppe bestimmen. Zusätzlich werde durch Veränderung des Benutzerverhaltens mit Einsparungen von mehr als 10% gerechnet – deswegen sollten Energiespartrainings nicht nur an den Schulen, sondern auch in den Behörden stattfinden. Wenn die Bürgerinnen und Bürger ebenso mitmachten, könnten die CO² Emissionen noch mehr verringert werden. Klimaschutz und Ressourcenschonung seien wichtig. SPD und FDP befürworteten daher den Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN auf Erstellung eines umfassenden Klimaplanes.

4. Plattdeutschbeauftragte und Behindertenbeauftragte

Die vom Landkreis Friesland eingesetzten Plattdeutschbeauftragten hätten einen tollen Start gehabt. Mit viel Engagement und Einsatz komme es jetzt zu einer starken Nachfrage der Schulen und anderer Einrichtungen – ein voller Erfolg für den Erhalt der plattdeutschen Sprache. An dieser Stelle gehe ein herzlicher Dank an Wolfgang Busch und Georg Schwitters für die geleistete ehrenamtliche Arbeit.

Ein ebenso herzlicher Dank gelte Frau Manon Schumacher, die sich ehrenamtlich als Behindertenbeauftragte zur Verfügung stelle. Sie sei inzwischen eine Institution und zu einer wichtigen Anlaufstelle für die Probleme von Menschen mit Behinderungen geworden. Aus den Gesprächen mit diesen Menschen habe sich mittlerweile eine Art "Ideenschmiede" entwickelt.

Im Frühjahr 2009 werde voraussichtlich der Behindertenbeirat ins Leben gerufen werden können. Besonders erfreulich sei auch die Auflage eines Ferienprogramms für Menschen mit Behinderungen, das landkreisweit angeboten werden könne. Es gebe viele Ideen zu diesen Bereichen und Vieles, was man verbessern könne.

5. Sicherheit und Ordnung

Für die Ausstattung der Feuerwehren sei alles Notwendige in den Haushalt eingestellt worden. Der Schwerpunkt liege hier in der Ausbildung, Qualifizierung und „Inübnunghaltung“ der Feuerwehrkräfte. Man begrüße sehr, dass der Katastrophenschutzplan und die Stäbe neu aufgestellt und organisiert worden seien.

Die gemeinsame Leitstelle solle bis Mai 2009 in Betrieb genommen werden – für den Landkreis trotz der zeitlichen Verzögerung eine zufrieden stellende Lösung, da man ansonsten die Leitstelle des Kreises allein hätte sanieren müssen. Für den Digitalfunk, der 2011/2012 komme, schlage die Gruppe nach Möglichkeit jetzt schon

ein Ansparen der jährlichen Feuerschutzsteuer vor, damit man nicht alles auf einmal zahlen müsse

Im Landkreis Friesland laufe es gut. Nach 2 ½ Jahren Hängepartie könne man endlich auch in Sachen Airbuskrise aufatmen. Das Management habe Entscheidungen getroffen und der Standort Varel gehe aufgrund dieser Entscheidungen sogar gestärkt aus der Krise hervor. Es werde die geforderten Arbeitspakete für den A350 XWP, das Technologiezentrum mit dem Bereich Forschung und den Aeropark geben; insgesamt werde am Standort Varel mit fast 50 Mio. € kräftig in die Zukunft investiert. Auch das starke Engagement von Landrat Sven Ambrosy sei ein wichtiger Beitrag zur Lösung gewesen. Auch Thomas Busch sei man dankbar. Er habe zwar in den Sitzungen der Kreisgremien häufig fehlen müssen, aber er habe den Beschäftigten, der Stadt Varel und dem Landkreis mit seinem Einsatz in bester Weise gedient. Ihm gelte ein Glückwunsch für das erzielte Ergebnis.

Allen Beschäftigten der Kreisverwaltung spreche man Dank und Anerkennung für die geleistete Arbeit aus. Die Aufgaben nähmen ständig zu, aber die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hätten sie in 2008 gut bewältigt und mit den politischen Vertretern stets ein konstruktives Miteinander gepflegt, so dass die ehrenamtliche Arbeit Freude bereite.

Das gelte besonders auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Zweckverbandes Abfallwirtschaftszentrum Wiefels. Zusätzlich zu den Problemen vor Ort seien die häufigen, ständig kritischen Nachfragen der politischen Seite gekommen. In unzähligen Sitzungen sei immer umfassend, verständlich und wiederholt erklärt und erläutert worden - und das alles neben dem extrem schwierigen Tagesgeschehen. Geduldig hätten die Mitarbeiter diese zusätzlichen Dinge abgearbeitet. Dafür gelte ihnen ein herzlicher Dank, denn sie seien damit ein Teil der Lösung für die Probleme des Zweckverbandes. - Frau Schlieper bat darum, dieses Dankeschön an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiterzuleiten.

Kreistagsabgeordneter **Kammer** erklärte, der Haushalt 2009 sei aufgrund des neuen Haushaltsrechts ausgeglichen; nach altem Recht hätte sich ein kleines Defizit ergeben. Nach wie vor bestehe ein Fehlbetrag von rd. 17 Mio Euro. Zu dem guten Ergebnis trügen wesentlich die Einnahmen von 36,6 Mio. Euro aus der Kreisumlage der Städte und Gemeinden bei. In 2009 seien 1,3 Mio. Euro mehr als 2008 aufgrund der verbesserten wirtschaftlichen Situation der Kommunen zu erwarten.

Man verzeichne eine geringfügige Personalkostensteigerung von rd. 1 %. Die Sozialhilfekosten stiegen weiter an trotz verbesserter Arbeitsmarktzahlen. In Friesland laufe die Entwicklung am Arbeitsmarkt offensichtlich noch nicht parallel mit den Sozialhilfekosten. Es zeige sich, dass sich der Landkreis vor fünf Jahren für das Optionsmodell hätte entscheiden sollen.

Für die Wirtschaftsförderung gebe der Landkreis im kommenden Jahr 900.000 Euro aus; 450.000 Euro davon seien allerdings bereits für alte Maßnahmen gebunden. Im Vergleich dazu nehme die Bauunterhaltung der Schulen mit 3,7 Mio. Euro und weiteren Investitionen von 2 Mio. Euro einen großen Posten ein.

Die CDU-Fraktion stehe zu diesem Schulsanierungsprogramm, das bereits seit einigen Jahren laufe. Um nicht wieder in einen baulichen Rückstand zu geraten, gelte es vorsorglich dort nachzubessern, wo Maßnahmen bereits vor längerer Zeit durchgeführt worden seien.

Eine große Investition ergebe sich in 2009 bei der BBS Varel. Hier erwarte man bis spätestens Ende März 2009 die Entscheidung der Stadt Varel. Für die IGS Schortens seien ebenfalls Mittel eingestellt worden. Es müsse alles daran gesetzt werden, dieses Schulmodell zum gewünschten Erfolg zu bringen und für die Kinder das bestmögliche Angebot zu schaffen. Die CDU-Kreistagsfraktion bringe allerdings in diesem Zusammenhang keinen zweiten Standort und keine zweite IGS in Friesland ins Gespräch; es müsse zunächst bei einer IGS in Schortens verbleiben.

Auch die Baumaßnahmen für die Schule am Schlosserplatz in Jever seien unerlässlich und dienten dazu, Schul- und Lebensqualität der Kinder zu verbessern.

Ein weiterer kostenintensiver Bereich seien Straßenbau und -unterhaltung. Der Landkreis stelle hierfür rd. 660.000 Euro zur Verfügung. Auch hier sei erheblicher Nachholbedarf denkbar. Durch milde Winter hätten sich keine größeren Schäden ergeben, aber auch hier müsse für die Zukunft Vorsorge getroffen werden.

Im Rahmen der Haushaltsberatungen habe die CDU-Fraktion drei ihrer wichtigen Punkte eingebracht. Ein Dank gehe in diesem Zusammenhang an die Verwaltung, die ein gutes Zahlenwerk vorgelegt habe, mit dem es sich gut arbeiten lassen.

Man wolle Friesland zur Wirtschafts- und Bildungsregion ausbauen. Dazu gehöre in einem ersten Schritt eine Vernetzung im Bildungsbereich. Hierfür sollten 10.000 Euro eingeplant werden. Details dazu werde man im zuständigen Ausschuss umfangreich erläutern.

Ein zweiter Punkt sei die Vorsorgeplanung für Biogasanlagen.

Der Landkreis sollte hier gemeinsam mit den Städten und Gemeinden versuchen, ein Konzept zu entwickeln, dass Biogasanlagen nur noch an bestimmten Standorten zu errichten seien. Zurzeit könnten sie im Grunde in jedem Gewerbegebiet aufgestellt werden.

Ausdrücklich solle hiermit nicht in die Planungshoheit der Städte und Gemeinden eingegriffen werden; es gehe um das Angebot einer gemeinsam abgestimmten Vorgehensweise.

Auch der "Masterplan Nordsee" sei wichtig und weise u. a. den freien Eintritt an Frieslands Stränden aus. Diese Diskussion habe zuerst die CDU-Fraktion in die Öffentlichkeit gebracht; die bisherige Resonanz darauf sei positiv. Auf diesem Wege sollte sehr zügig weiter gearbeitet werden. Wenn eine Lösung dieses Problems möglich und ein kostenfreier Eintritt machbar sei, so sollte nach Auffassung der CDU-Fraktion die Belastung nicht bei der Stadt Varel und der Gemeinde Wangerland verbleiben, sondern vom Landkreis Friesland aufgefangen werden. Darüber müsse zwischen beiden Kommunen und dem Landkreis gesprochen werden.

Man gehe angesichts der Wirtschaftskrise davon aus, dass der Landkreis Friesland seine Gelder solide bewirtschaftet habe. Trotz der drohenden Krise gelte es mit Zuversicht in die Zukunft zu gehen. Für Airbus gebe es zumindest für die nächsten Jahre Sicherheit. Die B 210 werde ausgebaut, der Bahnanschluss komme. Im Bereich der Kommunen würden Folgeinvestitionen getätigt. JadeWeserPark und JadeWeserPort stünden in der Verwirklichung. Solche Perspektiven habe die Region seit Jahrzehnten nicht mehr gehabt. Diese Entwicklung und diese Chancen müsse der Landkreis Friesland mit Optimismus begleiten und nutzen.

Die CDU-Fraktion werde den Haushalt 2009 mittragen und hoffe auf eine weitere positive Entwicklung.

Kreistagsabgeordneter **Just** erklärte, die BfB-Fraktion werde dem Haushalt 2009 nicht zustimmen wegen einer zu hohen Kreisumlage und unzureichendem Schuldenabbau. Der Landkreis habe rund 60 Mio. Euro langfristige und ca. 15 Mio. Euro kurzfristige Schulden; die Last aus Zinsen und Tilgung betrage jährlich 7 - 8 Mio. Euro. Diese Schulden hätten komplett getilgt werden können, wenn die Kommunen sich den Überschuss aus dem Verkauf von 26 % EWE-Anteilen mit der EWE geteilt hätten statt ihn der EWE als Kapitalerhöhung und zur Rückzahlung einer EWE-Anleihe zur Verfügung zu stellen.

Bei Teilung des Betrages hätte sich der Landkreis weitgehend oder komplett entschulden können. Wenn die Kommunen 700 Mio. Euro des Überschusses beansprucht hätten, so wären auf den Landkreis Friesland 75 Mio. Euro entfallen; dies entspreche genau der Summe von lang- und kurzfristigen Schulden des Landkreises.

Der Landkreis sei zwar "nur" mit 10,61 % Anteilseigner der EWE sei; er sei damit jedoch zweitgrößter Anteilseigner und seine Stimme habe Gewicht. Wohl fast jede Kommune hätte ebenfalls durch Schuldenabbau vom Verkaufserlös profitieren können. Ein Einsatz der Vertreter des Landkreises Friesland für diese Lösung hätte sich gelohnt. Man bemängele, dass es kein Bemühen darum gegeben, man im Vorfeld darüber nichts erfahren und es keine Diskussion über diese Idee gegeben habe.

Wenn der Überschuss mit der EWE geteilt worden wäre und ein Schuldenabbau stattgefunden hätte, hätte die Kreisumlage um rd. 10 Punkte auf 44 Punkte gesenkt werden können. Für jede Kommune hätte dies einige hunderttausend Euro bis zu 2 Mio. Euro (Stadt Varel) Verbesserungen ausgemacht. Bei den Kommunen bestehe sicherlich ein großes Interesse daran, sie am Verkauf von EWE-Anteilen finanziell zu beteiligen.

Leider seien die Dinge anders verlaufen; die BfB-Fraktion lehne den Haushalt deswegen ab. Die Kommunen hielten immer noch 74 % der EWE-Anteile, somit 23 % mehr als für die Anteilsmehrheit erforderlich sei. Für die Zukunft sollte diese Frage erneut aufgeworfen werden.

Landrat **Ambrosy** verwies auf das am 13. November 2008 stattgefundenene Informationsgespräch des Kreisausschusses mit dem EWE-Vorstandsvorsitzenden Dr. Brinker, an dem auch für die übrigen Mitglieder des Kreistages eine Teilnahme möglich gewesen sei. Herr Dr. Brinker habe damals alle von Herrn Just heute aufgeworfenen Fragen beantwortet. In dieser nichtöffentlichen Zusammenkunft habe er selbst, so der Landrat, Herrn Just gegenüber auch Stellung bezogen. Herr Just stelle Behauptungen in den Raum, wohl wissend, dass die Kreisverwaltung sich dazu aufgrund rechtlicher Bestimmungen öffentlich nicht äußern dürfe.

Der Landkreis Friesland zeichne sich durch eine sehr solide Finanzpolitik aus. Die langfristige Verschuldung werde zurückgeführt. Wünschenswert wäre naturgemäß, dass dieser Abbau schneller vonstatten ginge. Der Kreistag habe sich darauf verständigt, pro Wahlperiode 5 Mio. Euro an langfristigen Schulden abzubauen. Auch in diesem Jahre tilge man immerhin 400.000 Euro.

Der Kreistag entscheide heute, ob er zum Auffangen einer konjunkturellen Delle stabilisierend Investitionen für den hiesigen Raum tätige oder ob dieses Geld schon jetzt in den Schuldenabbau fließen sollte. Wie in den letzten Jahren sollte jedoch eher weiter in Bildung, Schule, Betreuung und Wirtschaftsförderung investiert werden. Die regionale Wirtschaft profitiere davon am besten. - Wenn der Schulbereich so gut wie abgearbeitet sei, sollte noch stärker an die Entschuldung heran gegangen werden.

Kreistagsabgeordneter **Burgenger** signalisierte Zustimmung durch die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zum Haushalt 2009. Der zukünftig doppische Haushalt sei leider unverständlich. Die nds. Landesregierung habe ein neues Haushaltsrecht verfügt, das in seiner Form unverständlich und nicht nachvollziehbar sei. Ein Dank gehe an die Verwaltung, die für die Beratungen Haushalte nach altem und neuem Recht vorgelegt habe. Wenn zukünftige Haushalte kommunalfinanzrechtlich nicht besser verständlich und nachvollziehbarer seien, könne seine Fraktion, so Herr Burgenger, diesen nicht mehr zustimmen.

In den Prognosen sei man nicht so optimistisch wie heute geäußert. Die Fachbereiche der Kreisverwaltung hätten mehr Mittelbedarf angemeldet; dieser sei zusammen gekürzt worden. Die weitere Entwicklung bleibe abzuwarten; es bestehe die Sorge, dass sich einige Haushaltsposten so nicht halten ließen. Vor allem die Kostenentwicklung im Sozialbereich sei davon betroffen.

Der heutige Haushalt 2009 sei jedoch ausgeglichen. Sorge bereiteten allerdings die Zinszahlungen von 3,5 Mio. Euro. Der EWE-Anteilsverkauf sei leider gelaufen und nicht mehr zu ändern. Man sei jedoch im Vorfeld der Entscheidung nicht ausreichend beteiligt worden. Es wäre denkbar gewesen, zumindest eine Position des Kreistages zu erarbeiten, wenn auch ab einem gewissen Punkt eine Schweigepflicht der drei Vertreter bestehe.

Ausdrücklich begrüße seine Fraktion, so Herr Burgenger, dass der Landkreis Friesland Optionskommune werden wolle. Vor fünf Jahren sei er persönlich gegen dieses Modell gewesen, da er davon ausgegangen sei, dass besonders für überregionale Vermittlungen die Zusammenarbeit mit der Bundesanstalt für Arbeit von Vorteil sei. Die Erfahrungen der vergangenen Jahre hätten gezeigt, dass eine unbürokratischere Arbeitsvermittlung und eine Sozialverwaltung erforderlich seien, die näher an den Bürgern und Bürgerinnen seien.

Erfreulich sei das geplante umfassende Klimaschutzkonzept, für das auch Fördermittel des Bundes zu erwarten seien. Vor einem Jahr habe die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN einen Klimaschutzbeauftragten beantragt; dieser Wunsch bestehe nach wie vor. Auf der Basis eines Klimaschutzkonzeptes erscheine eine solche personelle Besetzung mit Fördermitteln des Bundes aber machbar.

Angesichts der Kostensituation des Landkreises Friesland von mehr als 2 Mio. Euro für Strom und Gas gebe es mit Sicherheit noch Einsparpotential. Diese Potentiale müssten von jemandem mit Nachdruck verfolgt und offen gelegt werden. Bei einem angenommenen Einsparpotential von 10 % sei bereits die Rede von 200.000 €.

Kreistagsvorsitzender **Funke** kam zurück auf das Thema "Verkauf von EWE-Anteilen": Selbst wenn im Vorfeld eine öffentliche Diskussion möglich gewesen wäre, wäre es zu keiner anderen Entscheidung gekommen. Die Preisgabe und Ausnutzung interner Informationen der Landkreis-Vertreter aus den EWE-Gremien

würde zum Vorwurf der Weitergabe von Insiderwissen führen. Die Entscheidung sei aus verständlichen und nachvollziehbaren Gründen gefallen.

Kreistagsabgeordneter **Harms** trug die Position der UWG/SWG-Gruppe vor. Bedenken gebe es hier hinsichtlich der Kreisumlage. Mit 54 % bleibe sie unverändert, der Landkreis verzeichne in 2009 aber eine Mehreinnahme von 1,3 Mio. Euro. Für Kreistagsabgeordnete mit Gemeinde- bzw. Stadtratsmandat bedeute dies einen Spagat zwischen Mehreinnahme einerseits und Mehrausgabe der Kommune andererseits.

Obwohl auch in den Kommunen viele Wünsche und Vorhaben bestünden, müsse hier z. T. auf freiwillige Leistungen und liebgewordene Dinge verzichtet werden. Die Gruppe werde ihr Votum als Enthaltung oder Gegenstimme zum Ausdruck bringen.

Kreistagsabgeordneter **Wolfgang Janßen** unterstrich den Mittelbedarf der Städte und Gemeinden, um investieren zu können. Die Gemeinde Bockhorn verfüge beispielsweise kaum über Investitionsmittel. Die Auflistung des Werteverlustes der Infrastruktur, also der Abschreibungen, werde weitere Schulden mit sich bringen; die Gemeinden seien dann kaum noch in der Lage zu investieren. Davon betroffen sei außer Bockhorn noch Wangerooge. Für die Bürgerinnen und Bürger könne in der Kommune nicht mehr die Qualität geboten werden, die ihnen zustehe. Im Falle einer zwei Punkte niedrigeren Kreisumlage würde dies für Bockhorn einen Betrag von ca. 100.00 Euro ausmachen, der für Investitionen frei werde. Schulen seien zu sanieren, Energiekosten müssten gesenkt werden, Klimaschutzprogramme seien erforderlich. Auf diesen Gebieten müssten die Kommunen mit gutem Beispiel voran gehen. Der von ihm vorgeschlagene Klimaschutzbeauftragte, so Herr Janßen, sei seinerzeit vom Kreistag abgelehnt worden. Diese Position sei jedoch dringend erforderlich.

Kreistagsabgeordneter **Chmielewski** bekundete, er trage die Kreisumlage von 54 % mit. Der Landkreis habe ein aufgelaufenes Defizit, das Millionen an Zinsen verschlinge. Diese Beträge müssten letztlich über die Kreisumlage finanziert werden. Sowohl die Kommunen als auch der Landkreis profitierten derzeit von einer finanziell günstigen Lage durch erhöhtes Gewerbesteueraufkommen, um damit einen größeren Schuldendienst zu leisten.

Der Antrag von MMW, eine Automatik zu schaffen, bei einer weiteren positiven Entwicklung des Haushalts eine Rückerstattung an die Kommunen vorzunehmen, sei leider im Fachausschuss abgelehnt worden. Grundsätzlich sei aber in den Fraktionen gewollt, evtl. weitere Steuer- und damit Kreisumlagen-Mehreinnahmen an die Kommunen weiterzuleiten. Der Landkreis investiere in den Kommunen gerade im sozialen Bereich erhebliche Summen; dies müsse bei der Kreisumlagen-Diskussion stets im Auge behalten werden. Ein Dank gehe an den Kämmerer, der zwei Haushalte vorgelegt habe. Der Haushalt nach neuem Recht sei tatsächlich nur sehr schwer lesbar.

Kreistagsabgeordneter **Habeck** bezog sich auf tägliche Meldungen über die schlechte Situation in Deutschland. Es sei erfreulich, dass die Kommunen in Schulen und Straßen investierten und auch der Landkreis fast 7 Mio. Euro in Schulbaumaßnahmen einbringen werde. Diese Mittel dienten nicht nur der Zukunft der Kinder, sondern seien eine Investition für den Erhalt und die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Dies sei für 2009 der wichtigste Punkt. Die finanzielle Situation der Kommunen sei zufriedenstellend und zeige, dass Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer grundsätzlich angestiegen seien. Für alle Einwohnerinnen und Einwohner sei dieser Fakt Anlass, optimistisch nach vorne zu schauen.

Die eingebrachten Argumente zum Verkauf der EWE-Anteile seien für ihn nicht nachvollziehbar. Wenn ein 60 Mio.-Euro-Kredit mit Mitteln abgezahlt werde, die man jährlich von der EWE erhalte, so bestünden nach 18 Jahren keine Schulden mehr. Und nach wie vor verfüge man über die vollen Anteile an der EWE. Ein Verkauf dieser Anteile stehe nicht zur Debatte.

Der Kreistag stimmte sodann unter TOP 5.2.10 zunächst über Haushaltssatzung und Haushalt 2009, sodann über den Stellenplan 2009 ab.

Beschluss:

Die Haushaltssatzung 2009 wird in der Form des fortgeschriebenen Entwurfs mit den folgenden drei zusätzlich als "wesentliche Produkte" aufzunehmenden Punkten verabschiedet

- Familienpflege und Adoption (363 021)
- Natur- und Landschaftsschutz (554 000)
- Schülerbeförderung (241 000).

und lautet wie folgt:

Haushaltssatzung

des Landkreises Friesland für das Haushaltsjahr 2009

Auf Grund des § 84 der Niedersächsischen Gemeindeordnung in Verbindung mit § 65 der Niedersächsischen Landkreisordnung hat der Kreistag des Landkreises Friesland in der Sitzung am 10. Dezember 2008 folgende Haushaltssatzung beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2009 wird

1. im Ergebnishaushalt

mit dem jeweiligen Gesamtbetrag

1.1 der ordentlichen Erträge auf	110.289.141 Euro
1.2 der ordentlichen Aufwendungen auf	110.289.141 Euro
1.3 der außerordentlichen Erträge auf	0 Euro
1.4 der außerordentlichen Aufwendungen auf	0 Euro

2. im Finanzhaushalt

mit dem jeweiligen Gesamtbetrag

2.1 der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	107.535.551 Euro
2.2 der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	102.897.286 Euro
2.3 der Einzahlungen für Investitionstätigkeit	3.534.200 Euro
2.4 der Auszahlungen für Investitionstätigkeit	7.718.200 Euro

2.5 der Einzahlungen für Finanzierungstätigkeit	3.693.735 Euro
2.6 der Auszahlungen für Finanzierungstätigkeit	4.148.000 Euro

festgesetzt.

Nachrichtlich: Gesamtbetrag

- der Einzahlungen des Finanzhaushaltes	114.763.486 Euro
- der Auszahlungen des Finanzhaushaltes	114.763.486 Euro

§ 2

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird auf **3.693.735 Euro** festgesetzt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird auf **285.000 Euro** festgesetzt.

§ 4

Der Höchstbetrag, bis zu dem im Haushaltsjahr 2009 Liquiditätskredite zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf **25.000.000 Euro** festgesetzt.

§ 5

Der Umlagesatz der Kreisumlage wird auf **54 %** der Steuerkraftmesszahlen und der Gemeindeschlüsselzuweisungen festgesetzt.

Jever, den 10. Dezember 2008

LANDKREIS FRIESLAND

Landrat

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung bei 4 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen

- **Stellenplan 2009 (ursprünglich TOP 5.2.3)**
Vorlage: 387/2008

Der Kreisausschuss nahm die Ausführungen zu TOP 3.2.3 der Kreisausschuss-Niederschrift vom 3. Dezember 2008 zur Kenntnis.

Beschluss:

Der Stellenplan des Landkreises Friesland für das Haushaltsjahr 2009 – mit gesonderter Ausweisung des in den Einrichtungen

- Nordwest Krankenhaus Sanderbusch
- Volkshochschule und Musikschule Friesland - Wittmund
- Rettungsdienst Friesland
- Zweckverband Abfalldeponie Friesland/Wittmund
- ARGE Job-Center Friesland
- Zweckverband Veterinäramt JadeWeser
- Zweckverband JadeWeserPark
- Gemeinsame Leitstelle Friesland-Wilhelmshaven
- Regionales Standortmanagement GmbH

beschäftigten Personals des Landkreises wird in der der Kreisausschuss-Niederschrift vom 3. Dezember 2008 anliegenden Fassung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung bei 2 Gegenstimmen 1 Enthaltung

**TOP 5.2.11 7. Änderungssatzung der Abfallentsorgungssatzung des
Landkreises Friesland**
Vorlage: 403/2008

Der Kreistag nahm die Ausführungen zu TOP 3.2.11 der Kreisausschuss-Niederschrift vom 3. Dezember 2008 zur Kenntnis. Der Kreisausschuss hatte beratend Kenntnis genommen und das Votum der Beschlussfassung des Kreistages überlassen. Dieser folgte dem Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Beschluss:

Der der Kreisausschuss-Niederschrift vom 3. Dezember 2008 beigefügten 7. Änderungssatzung der Abfallentsorgungssatzung wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung bei 1 Gegenstimme und 6 Enthaltungen

TOP 6 Bericht über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses

Über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses war nicht zu berichten.

TOP 7 Anfragen zu den öffentlichen Punkten der Kreistagsausschüsse

TOP 7.1 Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 11. November 2008

**TOP 7.2 Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus,
Kreientwicklung und Finanzen vom 24. November 2008**

**TOP 7.3 Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Abfall und Landwirtschaft
vom 27. November 2008**

Anfragen zu den öffentlichen Punkten der vorstehenden Niederschriften wurden nicht gestellt.

TOP 8 Mitteilungen des Landrates

**TOP 8.1 Resolution des Landkreises Friesland zur geplanten Abholzung im
Forst Upjever; hier: Antwort Bundesverteidigungsminister Dr. Jung**

Landrat Ambrosy teilte mit, Bundesverteidigungsminister Dr. Jung habe auf die Resolution des Kreistages vom 9. Oktober 2008 zur geplanten Abholzungsaktion im Forst Upjever geantwortet. Das Schreiben sei dem Kreisausschuss-Protokoll vom 3. Dezember 2008 beigefügt.

TOP 9 Anträge der Fraktionen, Gruppen und Kreistagsabgeordneten

**TOP 9.1 Antrag der BfB-Fraktion vom 26. November 2008:
Keine Biogasanlage in Wiefels**

Kreistagsabgeordneter Just verwies auf die im beigefügten Antrag vom 26.11.2008 erhobenen Punkte:

1. Am Deponiestandort Wiefels sollte keine gewerbliche Biogasanlage entstehen.
2. Die Gemeinde Wangerland wird gebeten, auf eine Änderung der Bauleitplanung zugunsten einer gewerblichen Biogasanlage in Wiefels zu verzichten.
3. Im Abfallzweckverband sprechen sich die Vertreter des Landkreises Friesland gegen den Verkauf eines Grundstücks an die Investorengruppe für eine Biogasanlage aus.

Die BfB-Fraktion erweitere ihren Antrag inhaltlich dahin gehend, dass in Wiefels überhaupt keine zusätzlichen Lärm und unangenehmen Geruch erzeugenden Betriebe angesiedelt werden dürften. Die Beeinträchtigungen für Wiefels müssten zukünftig gedeckelt werden. Es werde stets eine grundsätzliche Belastung für das Dorf verbleiben, die größer als für irgendeine andere Ortschaft in Friesland sei.

Selbst bei Einschränkungen sei aufgrund der Windrichtung stets mit einem Einfluss auf das Dorf Wiefels zu rechnen.

Der Landkreis sollte sich bei der Gemeinde Wangerland dafür einsetzen, dass ihre Planungen unter diesen Grundsätzen erfolge.

Landrat Ambrosy erklärte, der Landkreis solle sich auf die ihm obliegenden Zuständigkeiten beschränken. Zwischen Landkreis, Städten und Gemeinden bestehe Einvernehmen darin, dass der Landkreis in keinem Falle Entscheidungen vorab treffe, die zu einer präjudizierenden Wirkung für die jeweilige Kommune führen könnten. Die Kreisverwaltung habe großes Vertrauen darin, dass man im Wangerland die Probleme in Wiefels genau wie hier sehe und entsprechend werten werde.

Heute habe der Zweckverband Abfallwirtschaftszentrum Wiefels sich mit der Angelegenheit im Beisein der Presse und der Bürgerinitiative befasst. Übereinstimmend werde die Auffassung vertreten, so lange ein Moratorium zu verhängen, bis die Gemeinde einen bauleitplanerischen Beschluss gefasst habe. Es werde also in dieser Zeit keinerlei Beschlüsse zu dieser Angelegenheit seitens der Zweckverbandsorgane geben.

Man werde in nächster Zeit über das Abfallwirtschaftszentrum alle Immissionsquellen orten lassen und behebbare Beeinträchtigungen so weit als möglich technisch beheben lassen. Das gelte nicht nur für den Bereich des Abfallwirtschaftszentrums selbst. Auch im Gespräch mit benachbarten Betrieben müssten von dort ausgehende Immissionen angesprochen bzw. überprüft und im Sinne guter Nachbarschaft so weit als möglich zurückgefahren werden.

Die zwischen Bürgerinitiative, Landkreis und Gemeinde Wangerland laufenden Gespräche sollten abgewartet werden. Jedes weitere Vorgehen sollte dann im Konsens mit der Dorfbevölkerung erfolgen. Entscheidend sei, wie Planungsinteressen und -erfordernisse der Gemeinde und die Interessen der Dorfgemeinschaft in Einklang zu bringen seien. Dies gelte es behutsam und zielstrebig in den nächsten Wochen zu erarbeiten. Natürlich werde man die Arbeitsergebnisse jeweils in den Gremien vorstellen; dies sei mit der Dorfgemeinschaft abgesprochen.

Spätestens Anfang Januar 2009 werde ein nochmaliges Gespräch stattfinden, um alle planerischen und rechtlichen Dinge anzusprechen. Die Kreisverwaltung bitte aus den geschilderten Gründen, den Antrag der BfB-Fraktion so lange zurück zu stellen, bis erste Arbeitsergebnisse vorlägen.

Kreistagsabgeordneter Gabbey verwies auf die Herrn Just bereits erteilten Informationen in dieser Angelegenheit. Die von Herrn Just an die Öffentlichkeit getragenen Aussagen trügen dagegen nicht dazu bei, das Problem zu lösen und stifteten vielmehr Unruhe.

Seit 1977 befinde man sich im guten Einvernehmen in ständigem Gespräch mit der Wiefelser Dorfbevölkerung; daran werde man auch in Zukunft festhalten. Allen Beteiligten müsse aber auch klar sein, dass mit der Auswahl dieses Standortes 1976 eine Festlegung getroffen worden sei, auf die eine ganze Reihe von Folgemaßnahmen aufbauten.

Man werde das Gespräch mit der Wiefelser Dorfbevölkerung suchen und gemeinsam wie in der Vergangenheit zu Lösungen gelangen. Jeder einzelne Schritt, ob in der Bauleitplanung oder hinsichtlich Investitionen, habe letztlich die Zustimmung der Wiefelser gefunden. - Es gehe nicht an, Jahrzehnte alte erfolgreiche Entwicklungen im nachhinein in Frage zu stellen.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor. Kreistagsvorsitzender Funke ließ sodann abstimmen.

Beschluss:

Der Antrag der BfB-Fraktion vom 26.11.2008 betr. "Keine Biogasanlage in Wiefels" wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Ablehnung des Antrages bei 2 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen

TOP 10 Anfragen nach § 11 GO

TOP 10.1 Anfrage der BfB-Fraktion zum Thema "Heizölpreis fällt zehnmalschneller als Gaspreis"

Auf den beigefügten bzw. im Kreistagsinformationssystem abrufbaren Text der Anfrage vom 08.12.2008 wird verwiesen.

Landrat Ambrosy erklärte, Kreistagsabgeordneter Just habe seine Fragen im Verlaufe des nichtöffentlichen Gesprächs mit Herrn Dr. Brinker am 13. November 2008 bereits angesprochen und von diesem Antworten erhalten.

Die EWE AG fungiere nur als Gas-Zwischenhändler und könne ihren Kunden jeweils nur die Preisaufschläge abverlangen, die auch weitergegeben werden dürften. Im Rahmen der letzten Gaspreiserhöhungen seien nicht die gesamten Mehrkosten an die Kunden durchgereicht worden. Der Ölpreis werde im Zusammenhang mit der Gaspreisentwicklung stets über einen bestimmten Zeitraum beobachtet. Die Auswirkungen der jeweiligen Trends träten jeweils mit zeitlicher Verzögerung ein. Herr Dr. Brinker habe dies in seinen Ausführungen geschildert. Kreistagsvorsitzender Funke ergänzte, 50 % des Gaspreises seien von der Ölpreisbindung abhängig.

Der Kreistag nahm Kenntnis.

TOP 11 Anregungen und Beschwerden

Keine.

TOP 12 Einwohnerfragestunde

Herr Joachim Müller

Herr Müller verlas verschiedene Fragen:

- Welche Versäumnisse seitens der Verwaltung und der Politik gestehen Sie ein in der Müllproblematik?

Landrat Ambrosy antwortete, mit den derzeitigen Entwicklungen der Biomechanik am Standort Wiefels könne man naturgemäß nicht zufrieden sein. Ab 2002/2003 habe man die Abfallwirtschaft des Landkreises Friesland neu organisiert, da fest stand, dass ab 30.06.2005 nur noch vorbehandeltes Material auf den Deponien angeliefert werden durfte.

Eine Lösung wäre die vollständige Verbrennung von Abfällen gewesen, über deren Kostenentwicklung man heute bereits gesprochen habe. Der Nachteil dieser Variante wäre gewesen, dass die bereits vorhandene Mechanik der Anlage in Wiefels nicht abgeschrieben gewesen wäre. Wenn es zu einer Stilllegung der Anlage gekommen wäre, wären diese Kosten hinzu gekommen.

Es habe einen einstimmigen Grundsatzbeschluss des Abfallzweckverbandes Wiefels gegeben, dass die bestehende Mechanik ausgebaut und eine mechanisch-biologische Vorbehandlungsanlage errichtet werden solle.

Hinsichtlich der Frage nach Fehlern und Versäumnissen müsse darauf hingewiesen werden, dass in den Gremien des Abfallzweckverbandes das Prinzip der Einstimmigkeit gelte, weil die Landkreise Friesland und Wittmund jeweils über eine Stimme verfügten.

Auch bei den Ausschreibungen habe es außer einer Enthaltung nur einstimmige Beschlüsse gegeben. Man habe die Abfallentsorgung seinerzeit europaweit ausgeschrieben; das Los sei auf die Firma Horstmann gefallen. Niemandem der Verantwortlichen in Politik oder Verwaltung sei zuzuschreiben, dass diese Firma in Insolvenz gegangen sei. Diese Entwicklung habe enorme Probleme mit sich gebracht. Hinzu komme, dass die Firma Horstmann in Wiefels eine Anlage errichtet habe, für die man nach heutigem Stand nun aus eigener Kraft Neuerungen vornehmen müsse, damit sie überhaupt den erforderlichen Mengendurchsatz erbringen könne.

Im Grunde sei dies ein Fall der Mangelgewährleistung. Vor zwei Monaten habe der vom Landkreis Friesland beauftragte Gutachter, Herr Dziuk, in öffentlicher Sitzung zur Situation vorgetragen; er unterbreite Vorschläge zur Verbesserung der Anlage.

Die insolvente Fa. Horstmann sei in die Vorgänge nicht mehr einbezogen. Der Zweckverband müsse die Anlage in Wiefels nunmehr alleine ertüchtigen. Etwaige Ansprüche einer Mangelgewährleistung seien gegenüber einer insolventen Firma jedoch nicht mehr realisierbar.

- Nach welchen Richtlinien vergeben Sie Aufträge? Überprüfen Sie Unternehmen, inwieweit sie überhaupt fähig sind, die entsprechenden Arbeiten durchzuführen?

- Gab es seinerzeit im Ansatz bereits die Möglichkeit zu erkennen, dass die Firma Horstmann nicht so liquide sein würde wie es den Anschein hatte? Es müsste eine vom Zweckverband zu veranlassende Absicherung geben, um den Bürger vor den für ihn entstehenden Kosten zu bewahren.

Der Landrat erklärte, im Rahmen eines Ausschreibungsverfahrens werde auch die Leistungsfähigkeit der in Frage kommenden Firma geprüft. Diese Firma müsste zusätzlich auch eine Sicherheitsleistung hinterlegen; diese Mittel der Firma Horstmann seien auch vom Landkreis Friesland gesichert worden, da der Betrag der Insolvenzmasse entzogen gewesen sei. Er sei insofern zur Schadensminderung eingesetzt worden.

Zum Zeitpunkt der Entscheidung über die Vergabe der Abfallentsorgungsleistungen habe alles für die Firma Horstmann gesprochen, da sie als einer der Marktführer für diese Technik galten habe.

Nach damaligem Wissensstand habe man eine entsprechende Empfehlung des beauftragten Ingenieurbüros für diese Firma erhalten.

- Bei Abschluss des Vertrages mit dem Unternehmen Horstmann ist somit keine versicherungsvertragliche Absicherung getroffen worden, um die Bürger davor zu bewahren, evtl. Kosten zu übernehmen?

Landrat Ambrosy antwortete, einer Insolvenz könne man durch Versicherungsvertrag nicht entgegen wirken.

Festzuhalten bleibe, dass man selbst mit diesen neuen Techniken und neuen Mitteln und auch unter Berücksichtigung der unbefriedigenden Situation kostenmäßig wesentlich günstiger liege als die Alternative der Abfallverbrennung. Nach der Abfallgebührenerhöhung werde man voraussichtlich immer noch unter den ersten 10 von 48 Gebühren erhebenden Gebietskörperschaften liegen.

- Im Beschlussvorschlag beziehe man sich auf Energie- und Personalmehrkosten. Die 60 % Mehrkosten für Energie dürften im Grunde nicht mehr anfallen, da die Energiepreise gesunken seien?

Landrat Ambrosy erklärte, diese Größenordnung beziehe sich auf gestiegene Abfuhrunternehmerentgelte. Sie seien maßgeblich vom Dieselpreis abhängig, der den größten Posten der Preisgestaltung ausmache. Dabei liege nicht allein die zurzeit herrschende Senkung der Energiepreise zu Grunde, sondern auch die in der Vergangenheit von den Unternehmen zu zahlenden Dieselpreise. Die Forderungen der Unternehmen basierten jeweils auf bestimmten Kalkulationen. In zukünftigen Kalkulationen werde auch die günstige Entwicklung der Dieselpreise Einfluss finden. Andere Entwicklungen und Effekte liefen jedoch kostenmäßig unverändert weiter.

- Die Investorengruppe für gewerbliche Biogasanlagen hat bei mehreren Anlässen wie z. B. Informationsveranstaltungen in Wiefels öffentlich bekannt gegeben, dass mit dem Abfallzweckverband ein Optionsvertrag zur Nutzung von Grundstücksflächen im Umfeld der Deponie bestehe. Hat der Vorsitzende des Abfallzweckverbandes, Herr Dietrich Gabbey, vor der Beratung und Entscheidung in dieser Angelegenheit bekannt gegeben, dass er möglicherweise einem Mitwirkungsverbot unterliegt, weil sein Schwiegersohn der Investorengruppe angehört?

Landrat Ambrosy verwies darauf, für die Beantwortung dieser Frage sei der Zweckverband zuständig. Sie sei im Rahmen der heutigen Zweckverbandssitzung erörtert und von Herrn Landrat Schultz beantwortet worden. Der Presse werde die Antwort zu entnehmen sein.

- Wieviel des in Friesland anfallenden Mülls wird in die Verbrennung gegeben?

Landrat Ambrosy bezog sich in seiner Antwort auf die verschiedenen Abfallströme:

Die heizwertreiche Fraktion, die ausgeschleust werden müsse, werde immer - und zwar bundesweit - verbrannt. Diese Abfälle gelangten nicht in die mechanisch-biologische Behandlungsanlage. Eine Ausnahme bildeten die Landkreise, in denen man sich vollständig für die Abfallverbrennung entschieden habe.

Landkreise mit MBA müssten Wertstoffströme organisieren. Einer dieser Ströme seien etwa 35.000 Tonnen an Plastikmaterial und hoch energetischen Stoffen, die dem Abfall entzogen und einer energetischen Verwertung zugeführt würden. Dies sei gesetzlich vorgeschrieben und werde per Ausschreibungsverfahren geregelt. Die Frage von Herrn Müller beziehe sich wahrscheinlich auf eine Komplettverbrennung.

Herr Müller erläuterte, Müllverbrennung sei kostenintensiv. In dieser Branche würden Gewinne in Millionenhöhe mit Wachstumsraten von 35 % pro Jahr gemacht. Es stelle sich die Frage, warum man diesen Firmen überhaupt noch zuliefere, da ihnen ohne die gelieferten Verbrennungsstoffe der Betrieb ihrer Anlagen und solche Gewinne gar nicht möglich seien.

Landrat Ambrosy stellte fest, die Verbrennungsfirmen hätten tatsächlich eine erhebliche Rendite zu verzeichnen und ließen sich die Anlieferung der Brennmaterialien bezahlen. Genau aus diesem Grunde habe man sich in Friesland für die mechanisch-biologische Behandlung der Abfälle entschieden, um nicht zu stark von den Verbrennern abhängig zu sein. Der Markt biete nicht die Voraussetzungen, sich die Anlieferung des Mülls vergüten zu lassen, wie es Herr Müller vorschläge.

Kreistagsvorsitzender Funke bat darum, sich bei Vorliegen so vieler spezieller Fragen möglichst schriftlich an die Verwaltung zu wenden.

Herr Günther Völker, Sillenstede

- Ist der Landkreis Friesland Gewährsträger der Landessparkasse zu Oldenburg?

Landrat Ambrosy antwortete, nicht der Landrat Friesland selbst, sondern der Zweckverband der LzO, dem der Landkreis als eines der Mitglieder angehöre, sei Gewährsträger.

- Ist dem Landkreis Friesland bekannt, dass die Landessparkasse zu Oldenburg nach NS-Recht von 1933 aus einem Gesetz für die Sparkassen und Staatsbanken im Freistaat Oldenburg noch heute heimlich ohne Gerichtsverfahren vollstreckt, sich selbst vollstreckbare Titel mit dem Titel "Beitreibungsbeschluss" ausstellt und über den Gerichtsvollzieher betreiben lässt?

Landrat Ambrosy erklärte, die Beantwortung dieser Frage liege allein in der Zuständigkeit der LzO.

- - - -

Kreistagsabgeordneter Thomas Busch meldete sich im Namen der Belegschaft, des Betriebsrates und des Vertrauenskörpers des früheren Airbus-, jetzt Premium Aerotec-Standortes Varel zu Wort und dankte den Mitgliedern des Kreistages, den Einwohnerinnen und Einwohnern Frieslands sowie den Medien für ihre Unterstützung im Kampf um den Erhalt und die Stärkung des Standortes.

In den letzten zwei Jahren habe er, so Herr Busch, vor dem Hintergrund der ungeklärten Situation für das Werk Varel und den zahlreichen terminlichen Verpflichtungen nur an wenigen Sitzungen der Kreisgremien teilnehmen können. Dies werde sich hoffentlich zukünftig ändern.

Die Sicherung der Zukunft für die Airbus-Werke auch außerhalb Varels habe viel Arbeit und Energie gekostet. Mit der nun geschlossenen Vereinbarung verfüge man über eine Basis, um die Werke Varel, Nordenham und Augsburg in eine neue Firma zu überführen. Entscheidend dabei sei, dass die Arbeitspakete und die Zukunftstechnologie an allen Standorten eingeführt würden und man eine langfristige Zukunftssicherung auch im Kündigungsschutz erreicht habe.

Im Namen der Belegschaft danke er dem Landrat und allen Fraktionen des Kreistages für ihre nachhaltige Unterstützung in den vergangenen 2 1/2 Jahren. Ein Dank gehe auch an Herrn Kammer und Frau Evers-Meyer als Bundestagsabgeordnete sowie Herrn Lies als Landtagsabgeordneten. Die Öffentlichkeit habe seinerzeit mit 24.000 Unterschriften und öffentlichen Kundgebungen ihren Beistand bekundet. Gemeinsam sei es nun gelungen, das Werk weiter nach vorne zu bringen.

Es werde nun auch ein Aeropark sowie ein Technologiezentrum mit zusätzlichen Arbeitsplätzen entstehen, die so vorher nicht abzusehen gewesen seien. Auch die Landesregierung sei eingebunden und versuche, weitere Fördermittel einzubringen.

Ein Dank gehe an alle, die zu diesem Erfolg beigetragen hätten.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor. Kreistagsvorsitzender Funke schloss die öffentliche Sitzung um 17.00 Uhr. Allen Nichtteilnehmern der nichtöffentlichen Sitzung wünschte er schöne Weihnachtsfeiertage und alles Gute für das Jahr 2009.

Der Kreistag setzte seine Beratung ab 17.05 Uhr in nichtöffentlicher Sitzung fort.

gez. **Karl-Heinz Funke**
Kreistagsvorsitzender

gez. **Sven Ambrosy**
Landrat

gez. **Gerda Gerdes**
Protokollführerin